

**CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik**

**SPD-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
Arbeitsgruppe Sicherheits- und  
Verteidigungspolitik**

**FDP-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik**

**Fraktion DIE LINKE  
im Deutschen Bundestag  
Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Deutschen Bundestag  
Arbeitsgruppe Sicherheit, Frieden und  
Abrüstung**

## **Antrag**

der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag konstituiert sich als Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45 a Abs. 2 GG.

Der Ausschuss hat den Auftrag, den durch den militärischen Leiter des Provinz-Wiederaufbauteams (PRT) in Kundus/Afghanistan veranlassten Luftangriff auf zwei Tanklastwagen am 3./4. September 2009, die diesbezügliche Aufklärungs- und Informationspraxis der Bundesregierung sowie die Vereinbarkeit der gewählten Vorgehensweisen mit nationalen und multinationalen politischen, rechtlichen und militärischen Vorgaben für den Einsatz in Afghanistan umfassend zu untersuchen und dabei insbesondere zu klären:

1. Wer im Verantwortungsbereich der Bundeswehr und der Bundesregierung, insbesondere im Bundesministerium der Verteidigung, im Auswärtigen Amt sowie im Bundeskanzleramt, hatte zu welchem Zeitpunkt von wem welche Kenntnisse über die Aufklärung, Beweggründe und Durchführung sowie über die Folgen des Luftangriffs?
2. Welche dieser Informationen wurden wann und durch wen auf welchen Meldewegen und mithilfe welcher Meldeverfahren an das Bundesministerium der Verteidigung, seine militärische Führung und seine politische Leitung oder an

sonstige Stellen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung sowie an inländische und ausländische dritte Stellen weitergegeben?

3. Welche Berichte, Informationen und Erkenntnisse waren zu welchem Zeitpunkt Grundlage für die tatsächliche, rechtliche und politische Bewertung dieses Luftangriffs durch Mitglieder und Mitarbeiter der damaligen sowie der heutigen Bundesregierung und wurden diese Bewertungen jeweils auf bestmöglicher Informationsgrundlage sowie fachlich und sachlich angemessen (lege artis) vorgenommen?
4. Welche der im Bereich der Bundeswehr bzw. der Bundesregierung vorliegenden Informationen zum Luftangriff haben Mitglieder oder Mitarbeiter der Bundesregierung wann an den Deutschen Bundestag und seine Fachausschüsse, an inländische oder ausländische dritte Stellen sowie an die Öffentlichkeit weitergegeben?
5. Für den Fall, dass Informationen falsch, unvollständig oder überhaupt nicht weitergegeben worden sind: Welche der beteiligten Personen hat innerhalb des Bereichs der Bundesregierung, gegenüber dem Deutschen Bundestag, gegenüber der Öffentlichkeit oder gegenüber Dritten wie, warum, auf wessen Veranlassung, mit wessen Hilfe und mit wessen Kenntnis falsch, unvollständig oder überhaupt nicht informiert und welche Vereinbarungen und Beweggründe lagen dem gegebenenfalls zugrunde?
6. Gab es - und falls ja: wann, wie, durch wen, auf wessen Veranlassung und mit wessen Kenntnis - aus dem Bereich der Bundesregierung Bemühungen, Einfluss zu nehmen auf die Erstellung von Verlautbarungen, Berichten oder sonstigen Dokumenten innerhalb oder außerhalb der Bundesregierung, die die Ereignisse vom 3./4. September 2009 selbst oder den nachträglichen Umgang mit diesen zum Gegenstand hatten oder hätten haben sollen?
7. Wurde der Einsatz in Übereinstimmung mit den politischen Mandaten, der operativen Planung sowie den Befehlen und Einsatzrichtlinien des COM ISAF und der Bundeswehr durchgeführt? Hat die Bundesregierung diese Einsatzrichtlinien in Einsatzbefehle umgesetzt - und wenn ja: wann? Welche Nachsteuerungen wurden gegebenenfalls in nationaler Verantwortung mit Blick auf die Zukunft vorgenommen oder müssen noch vorgenommen werden?

Ernst-Reinhard Beck MdB

Rainer Arnold MdB

Elke Hoff MdB

Paul Schäfer MdB

Omid Nouripour MdB